

Handout

Zur Expert*innenanhörung zum Antrag A0200/21 am 10.11.2021

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Bedarfe und Angebotsstruktur aus der Sicht der Erwachsenen-Streetwork Dresden (SafeDD)

Einleitung

Das Projekt SafeDD – Straßensozialarbeit für Erwachsene Dresden – ist seit 2019 mit dem Schwerpunkt der Suchtprävention am Wiener Platz und an weiteren relevanten Orten in den Stadtteilen *Neustadt*, *Altstadt* (anteilig *Friedrichstadt*), *Gorbitz* und *Prohlis* (anteilig Gebiet *Otto-Dix-Ring*) tätig. Aufgeteilt in zwei Teams (Altstadt/Neustadt; Gorbitz/Prohlis) treten die hauptamtlich Sozialarbeitenden des Projektes im Rahmen der aufsuchenden Arbeit mit sich regelmäßig im öffentlichen Raum aufhaltenden erwachsenen Personen in Kontakt, um lebensweltorientierte Beratung, Begleitung und Unterstützungsmöglichkeiten zu bieten. Hierdurch wird ein niederschwelliger Zugang zu konsumierenden Einzelpersonen und Gruppen sichergestellt, die sich in der Regel außerhalb des bereits bestehenden professionellen Hilfesystems befinden. Das Streetwork-Angebot ist die niederschwelligste Unterstützungsform und setzt genau da an, wo das bereits etablierte Hilfesystem die Menschen, welche sich häufig am Rande der Gesellschaft befinden, nicht mehr erreicht. Dies ermöglicht das Aufdecken verschiedenster Bedarfe, frühzeitiges Offerieren von Unterstützungsmöglichkeiten, das Abwenden von Krisen und somit die Förderung des Wohls der Adressat*innen. Weiterhin richtet sich das Angebot von SafeDD an alle Menschen, die den öffentlichen Raum oder die primäre Zielgruppe tangieren, wie zum Beispiel Angehörige, Gewerbetreibende, Betroffene, Anwohner*innen, Interessierte und das Gemeinwesen.

Auch während der durch die COVID-19-Pandemie hervorgerufenen (Kontakt-)Beschränkungen war das Team SafeDD durchgängig aktiv. Hierdurch konnten weitere spezifische Bedarfe erfasst werden. Einige dieser werden im Folgenden exemplarisch dargestellt.

Festgestellte Bedarfe und Bedeutung für das Aufgabenspektrum von SafeDD

- Trotz der Kontaktbeschränkungen im Pandemiejahr 2020 ist im Vergleich zum Vorjahr über das gesamte Jahr gesehen eine deutliche Zunahme der Gesamtkontakte festzustellen. Dies zeigt einen erhöhten Unterstützungsbedarf. Die Anzahl aller Kontakte belief sich im Jahr 2020 auf 5.583 (im Vorjahr 3.069). Davon waren 1.476 Erstkontakte (im Vorjahr waren dies 1.132).
- Es ergaben sich aus der Krisensituation Unsicherheiten auf zahlreichen Ebenen. Dazu zählen insbesondere unsichere Finanzierungen, Planungsunsicherheiten für Projekte und somit auch für die gesamte kommunale Sozialstruktur (Behörden, Adressat*innen, Gemeinwesen...).
- Es war deutlich zu spüren, dass soziale Projekte während des Lockdowns nicht oder nur eingeschränkt arbeiten konnten. Wichtige Unterstützungsformate brachen temporär weg oder waren schwer erreichbar. Dies führte zu einer erhöhten Krisenzeit bei den Adressat*innen, da zuständige und/oder gewohnte Anlaufstellen wegfielen. Z.B. waren psychosoziale Beratungsstellen oder offene Treffs geschlossen. Somit war (und ist) Streetwork vermehrt mit Menschen konfrontiert, deren Lebenssituationen durch komplexe Anliegen geprägt sind und sich verschärft hatten.
- Die Zugänge zu sozialen/kommunalen Angeboten/Einrichtungen haben sich verändert und sind mitunter hochschwelliger bzw. unsicherer geworden. In direkter Folge erleben die Adressat*innen eine erhöhte Abhängigkeit von Dritten. Z.B. benötigen sie eine Beratungseinrichtung mit Zugang zu Telekommunikationsmitteln (Telefon, Internet) um in Kontakt mit Behörden zu treten oder Termine

auszumachen. Anlässlich dessen wenden sich Adressat*innen vermehrt mit der Bitte um Unterstützung bei der Kontaktaufnahme von Behörden mittels der Telekommunikationsmittel an das Streetwork.

- Gleichwohl wurden vereinfachte bürokratische Verfahren erprobt (z.B. verkürzte Antragstellung beim Jobcenter) und haben sich als notwendig, praktisch umsetzbar und vor allem als praktikabel erwiesen.
- Ebenso hat sich die temporäre Ausweitung der Notunterbringung auf 24h als sinnvoll erwiesen.
- Im öffentlichen Raum ist spürbar, dass sich Menschen unsicherer verhalten. Aufgrund dessen, dass es für viele unserer Adressat*innen kaum möglich ist, aktuelle Regelungen zeitnah zu erhalten (und teilweise auch zu verstehen), entwickeln die Betroffenen Unsicherheiten und Ängste. Darüber hinaus erleben Betroffene aufgrund der verschiedenen G-Regelungen Ausschluss und verwehrten Zugang zu bestimmten öffentlichen und kulturellen Einrichtungen. Die Praxis zeigt, dass einige Adressat*innen zwar gegen Covid-19 geimpft sind, aber über keinen Nachweis mehr verfügen und somit Zutrittsbeschränkungen erleben. Hier gilt es zu überprüfen, ob es Ausschluss aus Unterstützungseinrichtungen gibt und wie man dem begegnen kann.
- Neue Covid-19-Hygiene Regelungen führen zu einem erheblichen zeitlichen, logistischen und finanziellen Mehraufwand für die Adressat*innen als auch das Streetwork.

Konsum/Sucht

- Es ist zu beobachten, dass sich der Zugang zu Suchtberatungs-, Entgiftungs- und Suchttherapiemöglichkeiten seit Eintritt der Corona-Pandemie durch verlängerte Wartezeiten schwerer gestaltet. Dies wird dem Bedarf der Adressat*innen nach einer unmittelbar zugänglichen Beratungs- und Behandlungsmöglichkeit nicht gerecht, was wiederum zur Verlängerung von Suchtverläufen, zu Rückfällen und Krisen führt. Für das Erwachsenen-Streetwork bedeutet dies einen erhöhten Unterstützungsumfang besonders in Punkto niederschwellige Suchtberatung, Motivations- und Stabilisierungsarbeit, Krisenbewältigung und Vermittlung in entsprechende Institutionen. Aufgrund der Einschränkungen innerhalb des Hilfesystems bedarf es der Neuorientierung und erweiterten Suche nach passgenauen Angeboten.

Wohnsituation

- Seit der Corona-Pandemie sind verstärkte Aufenthaltskontrollen (z.B. durch Security) im halböffentlichen Raum (z.B. Einkaufszentren) zu vernehmen. Sich dort länger als zum Zweck des Einkaufs aufhaltende Personen werden aufgefordert, die Örtlichkeiten zu verlassen. Durch die Begrenzung dieses Zutritts sowie fehlende Wärmestuben/Tagestreffs fehlen kontinuierliche Anlaufstellen zum Aufwärmen, Aufhalten und Verweilen. Um diesem Umstand zu begegnen bedarf es eines erhöhten Vernetzungsaufwands und strukturelle Grundlagenarbeit durch Streetwork.

Beschäftigung/Finanzen

- Wahrnehmbar waren zudem Arbeitsplatzverluste (insbesondere in der prekären Beschäftigungsbranche) und die Verringerung von Beschäftigungsmöglichkeiten (insbesondere für Personen mit geringerem/fehlenden Berufsabschluss) – also ein erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt. Zahlreiche Adressat*innen baten insofern um Unterstützung bei der Aufnahme einer Beschäftigung. Daraus ergibt sich für das Erwachsenen-Streetwork ein erhöhter Arbeitsaufwand. Es gilt Unterstützungsmöglichkeiten für Personen zu erschließen, welche einen erschwerten Zugang zum 1. Arbeitsmarkt haben.
- Die Finanzierung der alltäglichen Bedarfe durch alternative Einkommensmöglichkeiten (Pfand, Straßenkunst, Betteln) gestaltet sich seit der Pandemie als äußerst schwierig. Die Betroffenen sind z.T. „ausgebrannt“ auf allen Ebenen (finanziell, psychisch, physisch), was zu Folgebelastungen (z.B. Suchterkrankung) führt und erhöhten Unterstützungsersuchen führt.
- Die während des Corona-Lockdowns verhängten Bußgelder tragen bei einigen Adressat*innen zur Zunahme deren Schulden bei. Dies ruft ein erhöhtes Unterstützungsaufkommen (z.B. Beratung, Krisenbewältigung) hervor.

Gesellschaftliche Teilhabe

- Seit der Corona-Pandemie sind zwei Tendenzen zu beobachten: 1) verstärkte soziale Isolation und Vereinsamung (besonders bei Adressat*innen in Gorbitz und Prohlis) und 2) „Rebellion“, „dagegen sein“ und Ausreizen von Grenzen.
- Durch die Corona-Beschränkungen haben einige Adressat*innen ihre Wohnung nur noch wenig bis gar nicht verlassen, was in vielen Fällen zur verstärkten Einsamkeit, sozialen Isolation und Verschlechterung des Gesundheitszustandes führte bzw. führt. Angebote, die diesen Entwicklungen entgegenwirken fehlen. Dadurch war bzw. ist das Erwachsenen-Streetwork zum Teil die einzige „Anlaufstelle“ für die Betroffenen - mitunter sogar der einzige Kontakt.
- Aufgrund der erfahrenen sozialen Isolierungen bedarf es umso mehr der Schaffung von sozial verbindenden Erlebnissen. Hierfür benötigt es entsprechende Strukturen und Ausstattungen (z.B. zeitliche und finanzielle Ressourcen).
- Es ist zudem wahrzunehmen, dass sich einige Adressat*innen von der Politik und Gesellschaft „abgelöst“, „abgehangen“, „nicht mitgenommen“ fühlen. Das führt zum Steigen von Krisen und Entwicklung bzw. Verstärkung von Parallelstrukturen, also unabhängig von der Gesellschaft gestalteten Lebenswelten, welche durch Vertrauensverlust und Misstrauen gegenüber Strukturen/Institutionen und Unzufriedenheit geprägt sind. Menschen entwickeln mitunter eine Identität, die sich gegen das etablierte System stellt. Für Streetwork bedeutet dies Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit. Mitunter allerdings auch herausfordernde Einzelbegleitungen, da Adressat*innen sich bewusst dem Unterstützungssystem entziehen, da sie ihm kein Vertrauen mehr entgegenbringen können.
- Im öffentlichen Raum sind keine kostenlosen Corona-Schnelltest oder Mund- und Nasen-Schutz für Personen mit geringem Einkommen/Vermögen erhältlich. Die führt zu Zugangsbeschränkungen der Betroffenen im sozialen und kulturellen Bereich. Für das Streetwork bedeutet dies einen erhöhten Handlungsumfang (z.B. Organisation und Verteilen von MNS).

Gesundheit/Hygiene

- Durch die Corona-Pandemie und die Verringerung des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen wurden die Möglichkeiten für die körperliche Hygiene reduziert. Vermehrt treten nun obdachlose Menschen an das Streetwork heran, um zu erfragen, wo man duschen, Kleidung waschen etc. könne. Die Vermittlung von Adressat*innen ist hierdurch mittlerweile zur allgegenwärtigen Aufgabe vom Streetwork geworden. Aufgrund der als nicht ausreichend verfügbar zu bewertenden kostenlosen Hygienemöglichkeiten, kommt dem Streetwork zudem die zusätzliche Aufgabe der strukturellen, koordinierenden und erforschenden Arbeit (z.B. Austausch mit Kooperationspartner*innen, Austausch mit zuständigen Behörden) zur Erweiterung des Angebots zu.
- Einige Adressat*innen haben Angst vor der Infizierung mit COVID-19 bzw. der dadurch erforderlichen Quarantäne und/oder den Folgebeschwerden einer Impfung. Der Bedarf nach Informationen und Austausch zum Thema ist allgegenwärtig.

Familien mit Kindern und Jugendlichen

- SafeDD arbeitet mit erwachsenen Menschen. Gleichwohl betrachten die Fachkräfte das Gesamtsystem in den jeweiligen Stadtteilen. Es bleibt festzustellen, dass insbesondere junge Menschen Bildungsausfälle in Verbindung mit der Verringerung von sozialen Kontakten erlebt haben. Wichtige Sozialisationsinstanzen und Prozesse wurden verpasst bzw. übersprungen. Dies führt zu individuellen Entwicklungsveränderungen. Auffällig ist jedoch, dass junge Menschen bestrebt sind Verpasstes nachzuholen und/oder alternativ zu kompensieren - auf verschiedensten Ebenen. Dies führt auf der einen Seite mitunter zu „Bildungsstress“ und Druck, auf der anderen Seite aber auch zu exzessiven Freizeitverhalten. Durch die Pandemie ist die Gesellschaft noch undurchschaubarer und komplexer geworden, als sie es vorher war. Dies führt zu Überforderungstendenzen und dem Wunsch nach klarer Orientierung. Diese Herausforderungen kommen auf das gesamte System Familie zu. Diesen Entwicklungen gilt es mit professionell arbeitender und gut ausgestatteter Jugend- und Familienhilfe und Bildungsangeboten zu begegnen. Alternativ besteht die Gefahr, dass junge Menschen verloren gehen oder sich denen Anschließenden, die bereit sind „die Lücken zu füllen“ und Krisen in Familien ansteigen.

Ausblick – Was es braucht

- Insbesondere in der Krise zeigte sich das Potential von niedrigschwelliger, aufsuchender und flexibler Arbeit. An Fachstandards ausgerichtete Streetworkprojekte sind höchst anpassungsfähig und entfalten enorme Wirkungspotentiale – das hat sich in der Krise erneut gezeigt.
- Straßensozialarbeit ist flexibel und kann nach wie vor auf hohem Niveau agieren, jedoch fehlt es an ebenso flexiblen Strukturen, in die das Streetwork die Adressat*innen auch vermitteln kann. Es bedarf einer Abweichung von starren Attitüden und einer Etablierung von innovativen Angeboten. Um langfristig tragfähige Unterstützungsleistungen erzielen zu können, ist eine Veränderung des Unterstützungssystems kongruent zu den sich veränderten Lebenssituationen der Menschen erforderlich. So haben sich bereits vorübergehende und flexible Ideen zur Überbrückung der Kontaktbeschränkungen während der Pandemie von Ämtern und Institutionen in der Krise bewährt.
- Der Bestand der Unterstützungsangebote sollte sich auch weiterhin auf mindestens dem quantitativen und qualitativen Niveau von vor der Corona-Pandemie belaufen. Empfehlenswerter ist jedoch sogar ein Ausbau bzw. eine Erweiterung dieser Angebote, da deren Kapazitäten bereits vor der Corona-Pandemie überlastet und „am Limit“ waren. Durch die Corona-bedingten Krisen (z.B. Anstieg von Arbeitslosigkeit, soziale Isolation, Verschuldung) hat sich der Beratungsumfang und –aufwand spürbar erhöht.
- Des Weiteren benötigt es kontinuierlich zugängliche Tagestreffs sowie durchgängige Notschlafstellen und dezentrale Duscmöglichkeiten. Durch den Wegfall der Aufenthaltsmöglichkeiten im halböffentlichen Raum benötigen Menschen ohne festen Wohnsitz verlässliche Anlaufstellen.
- Darüber hinaus empfiehlt sich ein jederzeit einsetzbares Netzwerk von relevanten Einrichtungen und öffentlichen Stellen, die bezüglich Existenzsicherungsthemen flexibel abrufbar sind. Schnelles Agieren ist häufig unabdingbar um größere Schäden abzuwenden und langfristig Existenzen abzusichern.
- Soziale Angebote benötigen eine gesicherte und eine dauerhaft angelegte, ausreichende Finanzierung. Ohne Verlässlichkeit und ohne Planungssicherheit sind soziale Angebote langfristig nicht wirksam.
- Es bedarf einer Absicherung der Behördenreichbarkeit. Z.B. sind Termine beim Bürgerbüro momentan nur sehr schwer erhältlich (telefonisch, per Mail, per Online-Portal). Dies kompliziert Abläufe ungemein. Telefonische Erreichbarkeit sowie klar kommunizierte persönliche Erreichbarkeit (z.B. in Form von offenen Sprechstunden/Möglichkeiten der persönlichen Terminvereinbarung vor Ort) sind unabdingbar.
- Niedrigschwellige Hilfen, wie z.B. Streetwork, sollten unkompliziert und schnell mit notwendigen Materialien, wie z.B. Mund- und Nasen-Schutzmasken ausgestattet werden. Hier bietet sich eventuell eine Gesamtkoordinierungsstelle für Hygieneschutzmaßnahmen und Materialien für soziale Projekte an.
- Es bedarf eines erweiterten Informationszuganges zu COVID-19-Schutzmaßnahmen und -Regelungen. Dies bezieht sich auch auf die Kommunikation von geänderten Öffnungszeiten der Behörden.
- Die Corona-Pandemie trug zur verstärkten Nutzung von digitalen Kommunikationsmitteln bei. Hierdurch wurden neue Arbeitsmöglichkeiten erprobt (z.B. digitale Vernetzungstreffen), welche sich als effektiv und somit auch künftig sinnvoll erwiesen haben. Hierfür bedarf es der Finanzierung der erforderlichen technischen Ausstattung für Mitarbeitende und für die Bereitstellung für Adressat*innen. Darüber hinaus wäre es sinnvoll technische Geräte und sonstige Erfordernisse zur Nutzung der digitalen Kommunikation (z.B. W-LAN) öffentlich zugänglich zu machen.
- Es bedarf klar kommunizierte und gut organisierte Quarantäne-Regelungen sowie Unterstützungsmöglichkeiten für COVID-19 infizierte Menschen, die sich in prekären Lebenssituationen befinden (z.B. obdachlose Personen, sozial isolierte Personen). Des Weiteren bedarf es einer schnellen und unkomplizierten Unterbringung für wohnungslose Personen, die nach ihrer Schutzimpfung kurzfristige Impferscheinungen erleben.